

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Rheinland-Pfalz fördert die Friedensbildung**

Der Landtag stellt fest:

Als ein Land, dessen Teile in der Geschichte der letzten Jahrhunderte immer wieder zwischen verschiedenen Herrschaftsgebieten umstritten und umkämpft waren, hat das heutige Rheinland-Pfalz viele Kriege und gewaltsame Konflikte erlebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das neu entstandene Land durch zahlreiche und wichtige Standorte der alliierten Streitkräfte und der Bundeswehr geprägt. Dieses Erbe hat das Land einerseits nach dem Ende des Ost-West-Systemkonflikts vor große Herausforderungen der militärisch-zivilen Konversion gestellt, mit deren Bewältigung die Landespolitik noch heute beschäftigt ist. Es hat aber andererseits auch eine große Tradition an friedenspolitischen Initiativen und Engagement für gewaltfreie Konfliktlösungen gerade in unserem Land hervorgebracht. So ist Rheinland-Pfalz nicht nur Militärstandort, sondern auch die Heimat der Ostermärsche und der Friedensbewegung.

Es liegt im Interesse und in der Verantwortung von Rheinland-Pfalz, einen Beitrag zu leisten, um die Welt gerechter, friedlicher, ökologischer, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltiger zu gestalten.

Bereits im Koalitionsvertrag haben sich die Koalitionspartner darauf verständigt, für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz einzutreten und bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten ein Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen erreicht werden kann.

Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und von körperlicher Gewalt. Durch eine gerechtere Globalisierung und die Bekämpfung von Armut wollen wir auch der strukturellen Ungleichheit entgegenwirken, damit Frieden und Sicherheit Bestand haben können. Frieden und Sicherheit einerseits und die Bekämpfung von Armut andererseits stehen für uns in direktem Zusammenhang. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb wollen wir zivile und präventive Strategien des Konflikt- und Krisenmanagements stärken.

Am 15. August 2011 wurde zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz eine Kooperationsvereinbarung zur zivilen Friedensbildung unterzeichnet. Ziel der Kooperation ist die Förderung der Kenntnisse von nicht-militärischen Lösungsansätzen in Krisen und Kriegssituationen, Verbreitung von Wissen und Vermittlung von Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Friedensförderung, z. B. in den Bereichen Ursachenforschung, Prävention, Mediation, Konfliktaufarbeitung, Geschichte der Friedensbewegung und Freiwilligendienste.

b. w.

Der Landtag begrüßt deshalb:

Im Herbst 2013 wurde in Mainz von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Verein „Friedensakademie Rheinland-Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung“ gegründet. Angestrebt wird, dass die Friedensakademie eine besondere wissenschaftliche Einrichtung gem. § 97 Hochschulgesetz der Universität Koblenz-Landau werden soll. Die Akademie soll Friedensfachkräfte und Personen, die innergesellschaftlich mit Konflikt- und Gewaltpotenzial konfrontiert sind, und Friedensfachkräfte im internationalen Einsatz unterstützen, beraten und qualifizieren, damit sie aktuell und präventiv Konfliktursachen erkennen und analysieren sowie Strategien und Handlungsansätze für zivile Konfliktbearbeitung entwickeln können. Als Grundlage für die Aus- und Weiterbildung sollen – auch in Zusammenarbeit mit externen wissenschaftlichen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung – die ökologischen und ökonomischen Ursachen innergesellschaftlicher Konflikte erforscht und praktische Erfahrungen in der Gewaltprävention und zivilen Konfliktbearbeitung wissenschaftlich evaluiert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Arbeit des Vereins „Friedensakademie Rheinland-Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung“ zu unterstützen;
- die Kooperation mit dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz fortzusetzen.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann